

Militär und Demokratie

Vortrag von Prof. Dr. Michael Epkenhans
aus Anlass der Versetzung in den Ruhestand,
25.03.2021



„Gegen Demokraten, helfen nur Soldaten“ – mit diesem Satz formulierte der preußische König Friedrich Wilhelm IV. eine „Doktrin“, die in Deutschland jahrzehntelang die Haltung vieler Angehöriger der führenden vorindustriellen Eliten und ihrer Partner gegenüber jenen Bevölkerungsschichten umschrieb, die die Souveränität des Volkes durchsetzen wollten. Anlass für diese martialischen Drohungen waren die Erfahrungen des preußischen Königs während der revolutionären Märztage 1848 in Berlin. Nachdem seine Soldaten sich den revolutionären Massen hatten ergeben müssen, hatte er vor deren Toten den mit der schwarz-rot-goldenen Farben verzierten Hut ziehen und sich verneigen müssen. Größer konnte die Demütigung für einen König, der sich bisher erfolgreich gegen den „Zeitgeist“ gewehrt hatte, kaum sein.

Sein Selbstbewusstsein und seine Überzeugung, dass er nur Gott, nicht aber seinen Untertanen – man lasse sich diesen Begriff auf der Zunge zergehen - Rechenschaft schuldig sei, hatte unter diesen Ereignissen gelitten. Nie wieder, so seine tiefe Überzeugung, sollten sich derartige Ereignisse wiederholen; nie wieder sollten seine Untertanen ihn nötigen, seine von Gott gegebene Herrschaft infrage zu stellen. Das Mittel dazu waren seine Soldaten. Notfalls sollten sie die überkommene und aus seiner Sicht einzig legitime Ordnung mit allen Mitteln verteidigen. Wie ernst er und sein Bruder, der spätere Kaiser Wilhelm I., der bald als „Kartätschenprinz“ verschrien war, es meinten, zeigte sich bei der blutigen Niederschlagung der revolutionären Unruhen in Baden im Frühjahr 1849. Zahllose Demokraten wurden Opfer von preußischen Standgerichten, andere verschwanden viele Jahre hinter Gefängnismauern, manchen gelang es, in letzter Minute über die Grenze zu fliehen und den Rest des Lebens im Ausland zu verbringen.

An diesem Grundmuster, das Militär gleichsam als „Brandmauer“ gegen die Revolution von unten einzusetzen, sollte sich Jahrzehntelang nichts ändern. Dies zeigen die Debatten über die Roonsche Heeresreorganisation zu Beginn der 1860er-Jahre. Manche nüchterne Überlegung sprach 1860 dafür, die preußische Armee angesichts der politischen, militärischen und

technischen Entwicklungen seit dem Ende der napoleonischen Kriege zu reorganisieren. Doch waren die Befürchtungen der Liberalen, die gleichzeitige Verlängerung der Dienstzeit solle die Verfügungsmacht der Krone über ihr wichtigstes Instrument im Falle unbotmäßiger Forderungen der Repräsentanten des Volkes absichern, nicht von der Hand zu weisen. Der bereits genannte Wilhelm I. hatte bereits 1832 geschrieben „Die Disziplin, der blinde Gehorsam [!] sind [...] Dinge, die nur durch lange Gewohnheit erzeugt werden und Bestand haben und zu denen daher eine längere Dienstzeit gehört, damit im Augenblick der Gefahr der Monarch sicher auf die Truppe rechnen könne. Dieser blinde Gehorsam ist es aber gerade, was den Revolutionären am störendsten entgegentritt.“ Einzelne Fälle von Widersetzlichkeiten von Landwehrmännern in der Revolution 1848/49 hatten Wilhelm zweifellos in seiner Haltung bestärkt.

Dies gilt auch für die Zeit nach 1871. Preußen-Deutschland war seitdem zwar ein Verfassungs- und Rechtsstaat. Die latente Drohung mit dem Staatsstreich von oben war zumindest für Bismarck jedoch immer ein Mittel, bei innenpolitischen Konflikten und Zuviel ungestümem Änderungswillen aufmüpfige Liberale zu domestizieren. Je weiter die Zeit voranschritt, umso stumpfer war dieses Schwert in der Praxis freilich, wie der „Eiserne Kanzler“ im Zuge der Entlassungskrise 1890 erfahren musste. Der Krieg gegen das eigene Volk erschien manchen Bundesfürsten, zumal im Süden des Reiches, nicht mehr opportun. Diese Einsicht sollte allerdings Wilhelm II. wie auch manche Generale nicht davon abhalten, weiterhin davon zu träumen, jungen Rekruten im Falle eines Falles dann doch zu befehlen, im Kampf gegen den „Umsturz“ – so ein typischer zeitgenössischer Begriff – auf die eigenen Väter und Mütter, Brüder und Schwestern zu schießen. Die Befehle, in Krisenzeiten, wenn nicht auf die Bevölkerung zu schießen, sondern wenigstens deren politische Repräsentanten zu verhaften, blieben daher bis in den Juli 1914 in Kraft. Allein die Überzeugung, dass es wohl doch besser sei, zu versuchen, das Gespenst der russischen Despotie zu beschwören, und damit die Zustimmung der Arbeiterschaft zu gewinnen anstatt zu Beginn eines großen Krieges einen Bürgerkrieg gegen diese zu riskieren, war dafür verantwortlich, dass die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nicht verhaftet wurden. So konnten diese den Kriegskrediten zustimmen und damit ihren Beitrag zum „Burgfrieden“ leisten. Dass dieser sich innerhalb von Monaten als Illusion erwies, gehörte zu den bitteren Erfahrungen der Sozialdemokraten und der hinter diesen stehenden Massen während des Krieges. Der Preis dafür, das Vaterland anders als zuvor oft behauptet, nicht zu verraten, war hoch: am Ende führte diese Entscheidung zur Spaltung der

Partei und damit der Arbeiterbewegung, einer Spaltung, die diese strukturell in den Aufbaujahren der Demokratie nach 1918/19 schwächte und, wenn auch nicht zwangsläufig, in die Katastrophe von 1933 mündete.

Die Demokratie der Weimarer Republik blieb daher, wenngleich nicht zwangsläufig, Episode. Die Spaltung der Arbeiterbewegung, die Weltwirtschaftskrise und der damit verknüpfte Aufstieg einer Partei, die wie ein Rattenfänger kurzzeitig einen großen Teil der Bevölkerung hinter sich zu scharen wusste, trugen dazu bei, dass es den Gegnern gelang, dieser Demokratie den Todesstoß zu versetzen. Auch das Militär hat dabei eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Es hat von Anfang an mit der Republik und der Demokratie gefremdet, sich wann immer möglich und nötig als Staat im Staate geriert, treu dem Diktum Seeckts, die Armee dient dem Staat, aber nicht der Republik. Die offene Abscheu gegenüber der Eidesformel, die Verachtung der Farben Schwarz-Rot-gold, die als schwarz-rot-senf ins Lächerliche gezogen wurden, und die Respektlosigkeit führender Militärs gegenüber den Repräsentanten der Republik sind dafür ebenso Beispiele wie das im Grunde unerträgliche Verhalten der Reichswehrführung in Krisenzeiten wie beim Kapp-Lüttwitz- und später dem Hitler-Putsch.

Die Komplizenschaft des Militärs bei der Durchsetzung der Diktatur auf der Grundlage der Zweisäulentheorie von Partei und Wehrmacht, vor allem aber der Vorbereitung und Durchführung eines verbrecherischen Angriffskrieges war schließlich eine wichtige Voraussetzung dafür, dass der Kulturbruch in der deutschen Geschichte überhaupt gelingen konnte.

Vor dem Hintergrund dieser totalitären Erfahrungen erscheint es nicht nur aus der Rückschau umso bitterer, ja regelrecht tragischer, dass später die DDR entgegen der bereits im Staatsnamen festgelegten Programmatik – eine demokratische Republik zu sein –, diesem Anspruch nicht gerecht wurde. Hinter dem Begriff Demokratie verbarg sich eine Diktatur. Diese wiederum stützte sich auch auf eine Armee, die diese nicht nur nach außen, sondern auch gegen alle Gegner im Innern verteidigen sollte und die dies ohne zu zögern tat, wie ihr Einsatz beim Bau der Mauer 1961 zeigte. Die teils offene, teils latente Drohung, diese rücksichtslos, mit den Panzern der GSSD im Rücken, einzusetzen, reichte noch Ende der 1980er-Jahre aus, um die eigene Bevölkerung einzuschüchtern. Dass diese dann, als es um Sein oder Nichtsein ging, kaum eingesetzt wurde, gehört zu den „Wundern“ und Glücksfällen der Friedlichen Revolution von 1989; es erklärt sich aber auch aus der sowjetischen Weigerung, das DDR-Regime dieses Mal mit eigenen Truppen zu unterstützen.

II.

Spätestens jetzt gilt es zu fragen, was ist eigentlich Demokratie, und warum haben viele davor in der Vergangenheit regelrecht Angst gehabt, warum haben manche dies bis heute?

„Demokratie, so hat es einer der großen Lehrer der Alten Geschichte, Christian Meier, in seiner Darstellung der Geschichte der Stadt Athen formuliert, „bedeutete, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie Herrschaft selbst zum Gegenstand von Politik gemacht werden könne.“ Das klingt abstrakt, und ist, zumal wenn man sich die Tyrannis eines Einzelnen als das dieser Herrschaftsform diametral entgegengesetzte Modell anschaut, dennoch sehr einfach: Das Wesen der Tyrannis ist die absolute Willkür, sie ist Herrschaft ohne Recht und ohne jedwede Form von Beteiligung. Das Wesen der Demokratie dagegen ist, dass es ohne die Legitimation durch die Mehrheit keine legitime Herrschaft geben kann. Dass wir die Athener Demokratie angesichts ihrer Einschränkungen nicht idealisieren sollten, gehört zu den Binsenweisheiten unter Historikern; gleichwohl: der Grundgedanke, Herrschaft an allgemeine Zustimmung und am Ende durch die Form geschriebener Verfassungen an für alle verbindliches Recht zu binden, war der Geniestreich bei der Organisation von Staaten und Gesellschaften. Der Siegeszug der Demokratie seit der Französischen Revolution von 1789 und dann wieder seit 1989 zeigt, die Anziehungs- und Überzeugungskraft dieser Idee in der Geschichte. Ob die Europäer gut beraten sind, ihr Modell weltweit für das allein Seligmachende zu bezeichnen, bezweifeln manche. Die Normen und Werte, die mit dem Gedanken an Demokratie verbunden sind, erscheinen mir dennoch vorbildlich und damit schützenswert. Der Schutz der Würde des Menschen, das Friedensgebot und die Gleichberechtigung, Glaubens-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder auch die Gewaltenteilung sind Werte, die – wie ein Blick in die UN-Charta zeigt – einen universellen Charakter haben. Darum bin ich wie viele andere 1974 entgegen dem Zeitgeist an vielen Schulen Soldat geworden und stehe dazu bis heute. Dies bedeutet nicht, nicht jede Entscheidung für den Einsatz militärischer Gewalt immer wieder und sorgfältig zu prüfen oder mit Besorgnis Tendenzen zu beobachten, deren Kristallisationspunkt die Kriegsfähigkeit und nicht das Friedensgebot des Grundgesetzes ist.

Es sollte freilich fast zwei Jahrtausende dauern, bis sich dieses Modell in Europa, aber auch darüber hinaus durchsetzen sollte. Die Irr- und Umwege, die dabei beschritten wurden,

sind unübersehbar. Unsere eigene Geschichte macht diese mit all ihren Schrecken und Verbrechen deutlich. Aber auch andere Beispiele, in denen Minderheiten, versuchten, der Mehrheit ihren Willen unter dem Deckmantel der Durchsetzung „wahrer Demokratie“ und sozialer Gerechtigkeit aufzuzwingen, ließen sich anführen.

In all diesen Zusammenhängen spielt das Militär eine zentrale Rolle. Ohne dessen Unterstützung ist keine Herrschaft möglich, im positiven, aber auch im negativen Sinne. Die politische Macht, so hat Mao Zedong einst geschrieben, kommt aus den Gewehrläufen. Er musste es wissen.

Manche Militärs haben dies in den vergangenen Jahrhunderten falsch verstanden und geglaubt, auf Gewehre gestützt selber die Macht übernehmen zu müssen. Funktioniert hat es nie, und gerechtfertigt war es ebenfalls nie. In der Demokratie ist alle staatliche Macht letztlich nur geliehene Macht.

III.

Das Lebenselixier der Bundesrepublik Deutschland war die Überzeugung, dass das uneingeschränkte Bekenntnis zur Demokratie die wichtigste Lehre aus der deutschen Katastrophe der Jahre 1933-45 sein musste. Das Grundgesetz spiegelt diese Überzeugung wider – angefangen bei der Präambel über den bewusst an den Anfang gestellten Grundrechtskatalog bis hin zu den Bestimmungen über die Gewaltenteilung. Und die große Mehrheit der Bevölkerung, die in freien Wahlen darüber abstimmte, teilte diese Überzeugung.

Vor diesem Hintergrund war es auch nur konsequent, der Bundeswehr, deren Aufbau trotz mancher politischer und moralischer Bedenken angesichts der furchtbaren Vergangenheit unvermeidlich war, nicht nur einen demokratischen Anstrich zu geben, sondern diese auch im Innern zu einer Armee der Demokratie zu machen. Eine Armee wie die Reichswehr, die sich mit dem Staat, den sie schützen sollte, nicht ohne Wenn und Aber identifizierte, sollte es nicht mehr geben. Manch ehemaliger, in Kaiserreich, Reichswehr und Wehrmacht groß gewordener Soldat hat sich damit schwergetan. Diesen gegenüber standen jene, die bereit waren, die Leh-

ren aus der Geschichte zu ziehen. Sie wussten einerseits um ihre Schuld und Mitverantwortung; sie waren andererseits durch die Schrecken des vergangenen Krieges zu überzeugten Demokraten geworden.

Was bedeutete dies für die aufzustellende Bundeswehr im Allgemeinen und den, wie es hieß, „gewollten Soldaten“ im Besonderen?

“Der Soldat“ war, so hieß es in der Neujahrsansprache von Bundespräsident Theodor Heuss 1955, „Teil unseres Volkes“. Er war, wie er gegen alle Kritiker fortfuhr, jener „Bürger in Uniform“, für den die Liberalen im 19. Jahrhundert als Gegenentwurf zum Untertanen im Dienst eines Königs, vergeblich gekämpft hatten. Von dieser Überzeugung ausgehend, war es auch nur ein ganz kleiner Schritt zur Wehrpflicht. Diese, so Heuss, „ist das legitime Kind der Demokratie.“ Damit knüpfte er an das an, was einer der maßgeblich preußischen Reformer, der bis heute zu Recht zum Traditionsbestand der Bundeswehr gehörte, Gerhard v. Scharnhorst, 1807 formuliert hatte.

Die Verknüpfung von Demokratie, Militär und damit auch Wehrpflicht war nicht zuletzt deswegen überzeugend, weil der Soldat der Bundeswehr mit seinem Wehrdienst etwas tat, was für ihn selbst bei näherer Betrachtung bedeutsam war: Er diente und dient bis heute wegen seiner eigenen Freiheit und der des Deutschen Volkes, wie es in der Eidesformel heißt. Das ist ein fundamentaler Unterschied zu allen Vorgängerarmeen. In einer Zeit, in der die Wehrpflicht seit nunmehr 10 Jahren ausgesetzt ist, mag dies manchen befremden; der Grundgedanke an sich bleibt dennoch richtig.

Die Bundeswehr, die dann aufgebaut wurde, war und ist bis heute, wie Bundespräsident Steinmeier zu Recht vor wenigen Monaten anlässlich der Vereidigung junger Wehrpflichtiger betonte, „keine Armee wie jede andere“. Sie kann es, so der Bundespräsident, „mit Blick auf unsere Geschichte auch nicht sein. Die Werte unserer Verfassung sind ihr unverrückbares Fundament. Nicht nur Befehl und Gehorsam, sondern die Verpflichtung auf das eigene Gewissen, die Grundsä

„In diesem Anspruch steckt eine Verpflichtung für beide Seiten.“ Und: „Vernünftiges demokratisches Verhalten und der militärische Grundsatz von Befehl und Gehorsam stehen sich gegenseitig nicht im Wege.“

Jeder Historiker, und lassen Sie mich hier einhalten, ist gut beraten, nüchtern zu analysieren und daraus Lehren abzuleiten, er sollte aber Einzelfälle, so bedenklich sie sind, nicht zum Anlass nehmen, zur griechischen Cassandra zu werden, die den Weltuntergang kommen sieht. Die Sicherungen, die dies verhindern sollen, sind stark.

Die wichtigste Sicherung ist, dass unsere Bundeswehr seit ihren Gründungstagen eine Parlamentsarmee ist. Und das heißt auch: die „demokratischen Institutionen des Staates und die Streitkräfte vertrauen einander.“ Aus der Sicht des Historikers ist dies von unendlich großer Bedeutung, ja „ein Glücksfall!“, wenn wir uns daran erinnern, dass in der Weimarer Republik die Reichswehr mehr Staat im Staate als Teil der Demokratie“ war.

„Die Soldatinnen und Soldaten haben“ aber, wie Bundespräsident Steinmeier jüngst nochmal beton hat, „einen Anspruch darauf“, dass die schwerwiegende Entscheidung über ihren Einsatz in jedem Fall sorgfältig abgewogen wird und dass derjenige, der bereit ist, „das eigene Leben für unsere Sicherheit, Demokratie und Freiheit einzusetzen,“ einerseits überzeugende Antworten auf die Frage erhält: Wofür wird die Bundeswehr gebraucht? Wozu diene ich?“ Kurze Debatten, die kaum einer wahrnimmt, oder die zum Teil zum reinen Ritual gewordenen Truppenbesuche, reichen dafür nicht aus. Er hat aber auch Anspruch darauf, dass er das Material erhält, um seinen Auftrag zu erfüllen. Dazu gehören auch, um ein Beispiel zu geben, Drohnen, die sie im Krieg der Gegenwart und der Zukunft nicht nur unterstützen, sondern auch schützen.

Die andere wichtige Sicherung ist das Prinzip der Inneren Führung. Auch wenn manche Wehrmachtgediente dieses in den Anfangsjahren als inneres „Gewürge“ verächtlich gemacht haben und manche heute fälschlicherweise glauben, nur der „archaische Kämpfer“ sei geeignet, um den Erfolg im Konfliktfall zu gewährleisten – nein: wie der ehemalige Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels und der ehemalige Militärbischof Sigurd Rink bin ich zutiefst überzeugt, dass ein derartiges Soldatenbild in die Irre führt. Es reduziert den Soldaten auf ein möglichst effizientes, gewissen- und verantwortungsloses Kampfinstrument, es verstößt gegen die

Grundrechte, zuvorderst die Würde des Menschen, aber auch das Friedensgebot unserer Verfassung.

Die Botschaft für Gegenwart und Zukunft kann vielmehr nur sein, das Ideal des Staatsbürgers in Uniform, so wie es unsere Vorväter und-mütter angesichts der Schrecken des Krieges entwickelt haben, immer wieder von neuem zu stärken, den Soldatinnen und Soldaten vor Augen zu führen, welch unendlicher historischer Fortschritt es war und welche zeitlose Bedeutung es hatte, dass die Normen und Werte des Grundgesetzes die Grundlage allen Handelns in der Politik, aber auch in Gesellschaft und Militär sind und sein müssen.

Was, und damit komme ich zum Schluss, können wir alle, vor allem aber wir Historikerinnen und Historiker im Besonderen tun, um dieses Ideal zu stärken?

Das beste Mittel ist Aufklärung, und das heißt konkret gute historische, gute politische und gute ethische Bildung. Nur derjenige, der weiß, woher er kommt, welches Glück er gehabt hat, in einer funktionierenden Demokratie zu leben und welche ethischen Normen für sein Handeln auch als Soldat verbindlich sind, kann Freiheit und Demokratie überzeugend verteidigen. In einer Zeit, in der Symbole plötzlich unter Druck geraten, heißt dies, um ein Beispiel zu geben, Schwarz-Rot-gold zu verteidigen und massiv gegen die Verherrlichung alter Reichsfarben einzuschreiten. Sie waren seit 1918 immer und sind es überraschender Weise bis heute Kampfansagen nicht nur an das sogenannte „System“, sondern auch an die Demokratie.

Gleichermaßen gilt es jedem falschen Verständnis von Tradition entgegenzutreten. Nur wer den Lackmusestest des Grundgesetzes besteht, wer nachweislich zu den Gründervätern unserer Demokratie gehört, ist mit den im Erlass von 2018 definierten Ausnahmen traditionswürdig. Wer aber krampfhaft versucht, militärisches Handwerk auch in einem verbrecherischen Krieg zu idealisieren, der begibt sich, gewollt oder ungewollt auf eine gleitende Bahn. Man mag den jungen Oberleutnant, der 1940 bei Eben-Emael gelandet ist, für einen „Helden“ halten. Die Tatsache, dass diese scheinbar vorbildliche militärische Leistung in einem neutralen Land im Rahmen eines Angriffskrieges geschehen ist, sollte nicht unterschlagen werden. Lassen wir hier Grauzonen zu, gefährden wir die Botschaft, die wir mit dem Traditionserlass

und dessen Rückbindung an die Werte und Normen des Grundgesetzes gerade ja vermitteln wollen.

Dazu können wir alle, vor allem aber können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hauses heute und in der Zukunft wichtige Beiträge leisten. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dem Auftrag gerecht zu werden, den wir Historikerinnen und Historiker, Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler am ZMSBw und darüber hinaus, aber auch wir Staatsbürger immer wieder von neuem aus der Geschichte ziehen sollten. Die Verteidigung der Demokratie und der dieser zugrundeliegenden Werte von Humanität, Gerechtigkeit und Erhalt des Friedens.